



Dies und Das

Kriegstüchtig

Mit seinen Worten von der „Kriegstüchtigkeit“ der Bundeswehr hat Verteidigungsminister **Boris Pistorius** eine breite Debatte ausgelöst. Sogar **Markus Söder**, sonst nie um deftige Worte verlegen, sagte: *„Wir finden es wirklich gut, wenn die Bundeswehr endlich verstärkt wird. Aber wir teilen ausdrücklich nicht die Zielrichtung der Bundesregierung, kriegstüchtig und kriegsbereit zu sein. Wir halten es für eine echt unglückliche Metapher und auch eine unglückliche Zielrichtung.“* Quelle: BR24

Kritik kam auch vom SPD-Abgeordneten **Ralf Stegner**: *„Die Zeitenwende darf keine Militarisierung des Denkens bewirken. Wir dürfen die Kriegsangst in der Bevölkerung nicht verstärken und die Menschen damit zusätzlich verunsichern. Deutschland muss keine militärische Führungsmacht in der Welt sein.“* Quelle: Tagesspiegel

Auch **Anton Hofreiter** von den Grünen distanzierte sich von der Wortwahl des Verteidigungsministers: *„Ich verstehe, was der Verteidigungsminister meint, hätte persönlich aber andere Worte gewählt. In Zeiten, in denen Russland die europäische Sicherheitsordnung beseitigt und einzig auf das Recht des Stärkeren setzt, müssen wir in der Lage sein, unser Bündnisgebiet zu verteidigen.“* Quelle: t-online

Es gab aber auch Lob für **Boris Pistorius**. **Marie-Agnes Strack-Zimmermann** (FDP) sagte t-online: *„Die Vokabel ist ehrlich und trifft es auf den Punkt.“* *Die Lage „sprachlich zu verweichlichen, damit wir uns besser fühlen, ist unehrlich und naiv.“* Und der Militärexperte **Carlo Masala** schrieb auf X: *„Deutschland will keinen Krieg führen und schon gar nicht anfangen, aber wir verteidigen uns auch nicht mit Wattebäuschen, sondern mit Waffen im Falle eines Angriffs. Und dann ist Verteidigung ein Teil des Krieges.“*

Auf unseren gestrigen Beitrag schrieb uns ein Leser: *„Bin total einverstanden mit Ihrem Text. Ich war erschrocken, als ich den Satz hörte.“* Ein anderer Leser schrieb: *„Das ist doch nur ein wenig zielführendes Spiel mit Worten. Die Ukraine wurde angegriffen, befindet sich seitdem ‚im Krieg‘ mit Russland, nicht ‚in der Verteidigung‘ und ist gottseidank ‚kriegstüchtig‘, ‚verteidigungstüchtig‘ reicht nämlich nicht, wenn man angegriffen wird, Teile seines Landes verliert und wieder zurückerobern muss. Nein, Pistorius hat völlig recht: Wer abschrecken will, muss kriegstüch-*

tig sein, alles andere ist nur weichgespültes Gerede von Leuten, die immer noch glauben, wir könnten uns aus allem heraushalten.“

Greta

Sticker am Revers, Sprüche auf T-Shirts, oder andere Kleidungsstücke spiegeln die Meinung des Trägers oder seine Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen oder Religionen wider, wie beispielsweise ein Kreuz oder einen Davidstern, die man um den Hals trägt. Das Palästinentuch ist mehr als nur ein Schal. Und wenn die weltweit bekannte Klimaaktivistin **Greta Thunberg** in diesen Tagen ein Palästinentuch trägt, ist das ein deutliches Statement. Sie trug es nicht auf einer propalästinentischen Demonstration, sondern auf einer Klima-Demo in Amsterdam.

Demonstrationen für die Rettung des Klimas sind hochpolitische Veranstaltungen. Sie dürfen aber nicht mit anderen politischen Themen vermischt werden. Während Thunbergs Rede kam ein Mann auf die Bühne und sagte in ihr Mikrofon: *„Ich bin für eine Klimademonstration hierhergekommen, nicht, um politische Ansichten zu hören.“* Der Mann wurde unter Buhrufen unsanft von der Bühne entfernt, wobei sich die Unmutsbekundungen nicht auf seinen unfreiwilligen Abgang bezogen, sondern auf seine Worte. Die Klima-Demo wurde somit zu einer propalästinentischen Veranstaltung, zumal Thunberg noch Öl ins Feuer goss und vor 85.000 Teilnehmenden rief: *„No climate justice on occupied land.“* (*„Auf besetztem Land gibt es keine Klimagerechtigkeit.“*)

Greta Thunberg, die offenkundig auf Israel anspielte, hätte zumindest noch anfügen sollen, dass dies auch für die Krim und die Ost-Ukraine gelten muss. Das Verhalten Thunbergs in Amsterdam ist kein Einzelfall. Via X und Instagram hatte sie Ende Oktober verbreitet: *„Heute streiken wir aus Solidarität mit Palästina und Gaza. Die Welt muss ihre Stimme erheben und einen sofortigen Waffenstillstand, Gerechtigkeit und Freiheit für die Palästinenser und alle betroffenen Zivilisten fordern.“* Von Solidarität mit Israel, gar über das Massaker der Hamas am 7. Oktober, verlor die Schwedin kein Wort. Ein Journalist schrieb in diesen Tagen, dass Thunberg lieber freitags zur Schule hätte gehen und am Fach politische Weltkunde teilnehmen sollen.

Die deutsche Vereinigung von **Fridays for Future** hatte sich zuletzt immer wieder von der Schwedin distanziert. *„Ich setze mich persönlich dafür ein, dass wir globale Prozesse aussetzen, bis wir sicher*



sein können, dass eine einzelne Gruppe nicht länger globale FFF-Accounts für Desinformation und Hass kann", so Klimaaktivistin **Luisa Neubauer**.

Quelle: BR24

Das Wort hat die Landesvorsitzende

Es ist manchmal gut, wenn man mehrere Funktionen hat. Als Mitglied einer Landesregierung schickt es sich nicht, die Bundesregierung zu kritisieren, es sei denn, es betrifft die Grünen, die man so und so nicht leiden kann. Und so hat sich die Bürgermeisterin Berlins und Vorsitzende der Berliner SPD, **Franziska Giffey**, als Partei-Chefin und nicht als Regierungsmitglied geäußert.

Zur geplanten Streichung des Programms „Respekt Coaches“ erklärte Giffey: „Das wichtige und erfolgreiche Programm der Respekt Coaches streichen zu wollen, ist für mich nicht nachvollziehbar. Dieses Programm unter dem Leitsatz ‚Lass uns reden - Reden bringt Respekt‘ gegen Ausgrenzung, Gewalt, Rassismus und Judenhass wurde 2018 in meiner Zeit als Bundesfamilienministerin ins Leben gerufen.

Es kommt da zum Tragen, wo es besonders gebraucht wird: In den Brennpunkt-Schulen bundesweit. Die Respekt Coaches sind für viele tausende Schülerinnen und Schüler seitdem wichtige Ansprechpartnerinnen und Vermittler. Programme gegen Antisemitismus einzusparen, können wir uns besonders in diesen Zeiten ganz sicher nicht leisten. Ich erwarte, dass das Bundesfamilienministerium (geleitet von der Grünen Lisa Paus, Anm.d.Red.) hier die richtigen Prioritäten setzt. Und ich hoffe, dass die Fraktionen im Deutschen Bundestag diesen Fehler in der Haushaltsbereinigung korrigieren.“

Programmhinweis



Foto: Frank Schubert

Andreas Dorfmann (Mitte) diskutiert heute Abend um 19:30 Uhr auf tv.berlin mit **Manfred Benedikter** (r.) und **paperpress**-Herausgeber **Ed Koch** über

das Thema „Armes Deutschland: Keine Wohnung, kein Geld, keine Perspektive?“. Benedikter ist Mitglied der CDU und Vorsitzender des freien Trägers **Lunte e.V.** aus Rostock. www.lunte-rostock.de

Die Linke löst sich auf

Das ist heute mal wieder ein historischer Tag. Mit Ach und Krach hat es die Linke bei der letzten Bundestagswahl 2021 gerade noch geschafft, den Fraktionsstatus zu erhalten. Nicht aus eigener Kraft, denn sie kam nur auf 4,9 Prozent, also knapp unter der Fünf-Prozent-Hürde. Weil aber drei Abgeordnete, zwei in Berlin, einer in Leipzig, ihre Wahlkreise direkt gewinnen, durften noch 36 Kandidaten von den Landeslisten dazukommen. Diese Regelung ist inzwischen abgeschafft worden. Aktuell hat die Linke Fraktion bis heute 38 Mitglieder.

Wie bekannt, haben **Sahra Wagenknecht** und acht weitere Bundestagsabgeordnete die Partei verlassen, und heute auch die Fraktion. Ihr Mandat geben sie nicht zurück, sondern bilden jetzt eine Gruppe mit eingeschränkten Rechten. Die übrigen Linken sind nun auch keine Fraktion mehr, sondern die zweite, wenn auch größere linke Gruppe im Bundestag. Immerhin darf **Petra Pau** ihren Posten als Vize-Präsidentin des Bundestages behalten. Schlechter geht es den rund 100 Mitarbeitenden, die nach Auflösung der Fraktion sofort ihre Jobs verlieren, ohne Kündigungszeit. Einige wenige werden als Mitarbeitende der Abgeordneten weitermachen können. *ARD*

Wann das „Bündnis Sahra Wagenknecht“ als Partei an den Start geht, ist noch ungewiss. Offenbar wird geplant, an der Europa-Wahl am 9. Juni 2024 teilzunehmen. Eine Umfrage von **INSA** im Auftrag von **BILD** vom Oktober sieht die Wagenknecht-Partei aus dem Stand bei zwölf Prozent, knapp hinter den Grünen mit 12,5 Prozent. Die Union käme auf 26,5 Prozent, die AfD folgt mit 18 Prozent. Kanzler **Olaf Scholz** und seine SPD würden 15,5 Prozent der Stimmen erzielen und die FDP wäre mit 5,5 Prozent knapp im Bundestag vertreten. Die Linken hingegen würden mit vier Prozent den Bundestageinzug verpassen. *Quelle: t-online*

Warten wir also die Entwicklung ab. Im Augenblick haben wir andere Probleme als uns mit dem Ego-Trip von Frau Wagenknecht weiter zu beschäftigen.

Ed Koch